

## Beschluss des Landrats vom 28.02.2019

Nr. 2540

### 9. Fragestunde der Landratssitzung vom 28. Februar 2019 2019/79; Protokoll: blw

#### 1. Christoph Buser: Entscheid Bundesverwaltungsgericht zur Pannestreifenumnutzung (PUN)

**Christoph Buser** (FDP) findet, es werde sehr stark auf den Bund verwiesen. Da der Kanton BL Hauptbetroffener des Entscheids ist – der Stau zwischen Augst und Basel wird genauso bleiben, wie er ist – stellt sich ihm folgende Zusatzfrage: *Inwiefern wird der Regierungsrat aktiv in Richtung Bund werden, um das dargelegte Verfahren zu beschleunigen?*

Antwort: Regierungsrätin **Sabine Pegoraro** (FDP) betont, das Verfahren beim Bund sei am Laufen, und der Kanton könne seine Unterstützung nur in den in seiner Zuständigkeit befindlichen Bereichen wahrnehmen. Selbstverständlich unterstützt man die Bemühungen, auf der genannten Strecke möglichst rasch eine Entlastung herbeizuführen. Diesbezüglich ist man im Gespräch mit dem ASTRA. Einen direkten Einfluss auf den gesetzlichen Prozess und das damit zusammenhängende Beschwerdeverfahren hat man aber nicht.

#### 2. Georges Thüring (SVP): Beitragsleistungen an Fahrten von mobilitätseingeschränkten Personen

**Georges Thüring** (SVP) bedankt sich für die regierungsrätliche Beantwortung der Fragen und wird sich noch schriftlich bei Regierungsrätin Sabine Pegoraro melden.

**Pia Fankhauser** stellt folgende Zusatzfrage: *Ist dem Regierungsrat klar, dass die bürokratische Hürde, solche Fahrten noch in Anspruch nehmen zu können, sehr hoch ist?*

Antwort: Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** (FDP) erklärt, wenn man Subventionen in Empfang nehmen wolle – was ausdrücklich für Leute, die dies nötig haben und in finanziellen Schwierigkeiten sind, gedacht ist – so brauche es ein gewisses Verfahren. Aus dem Stehgreif kann die Regierungspräsidentin aber nicht sagen, wie aufwändig es ist, um sich für eine solche Fahrt anzumelden. Jedoch handelt es sich um ein Verfahren, das es schon immer gegeben hat und das nun auch zusammen mit den Betreibern aufgrund des neuen Gesetzes so eingerichtet wurde. Die Regierungspräsidentin wird den genauen Aufwand abklären lassen.

#### 3. Reto Tschudin: Hardwald

Zusatzfrage **Reto Tschudin** (SVP): *Ist es richtig, dass im Rahmen der sowieso notwendigen Sanierungen der Strasse auch ein allfälliger Ausbau relativ kostengünstig und einfach zu realisieren wäre?*

Regierungsrätin **Sabine Pegoraro** (FDP) bejaht die Frage.

#### 4. 4. Sven Inäbnit: Fusionsprojekt Universitätsspital Nordwest AG

**Sven Inäbnit** (FDP) bedankt sich bestens für die Beantwortung der Fragen und stellt folgende Zusatzfragen: *1) Kann Regierungsrat Thomas Weber noch grundsätzlich oder ev. genauer etwas sagen zu den Fall- und Patientenzahlen 2018 im Vergleich zu den Vorjahren?*

Die zweite Zusatzfrage schliesst an Frage 3 an:

2) Wieso liegt – nach vier Jahren Arbeit für die Fusion – nach der Abstimmung noch kein Plan für die Zukunft des KSBL vor? Wieso muss man nochmals fünf Monate warten, bis die Regierung überhaupt einen Vorschlag vom Verwaltungsrat (VR) erhält? Und ist der Regierungsrat der Ansicht, dass der VR seine strategische Verantwortung in diesem Sinne adäquat wahrgenommen hat?

**Christoph Buser** (FDP) erklärt, dass man als Mitglied der VGK im Vorfeld der Abstimmung mehrfach angegangen worden ist, u.a. von Spitalangestellten. Das geschilderte Bild der verschiedenen Spitäler war wenig schmeichelhaft bis alarmierend.

Zusatzfrage: Gibt es so etwas wie Sofortmassnahmen, um die «Blutung» zu stoppen, die immer wieder geschildert wurde – es war von Aderlass die Rede – oder auch entsprechende Massnahmen in Richtung mehr Sicherheit für die Angestellten oder Verbesserung der innerbetrieblichen Kultur? Denn das Bild vor der Abstimmung war ein sehr schlechtes.

Zusatzfrage Rolf Richterich (FDP): Erachtet es der Regierungsrat als opportun, mit der jetzigen operativen Führung, die sich eindeutig und ausschliesslich auf die Spitalfusion «kapriziert» hat, das KSBL aus der Misere zu bringen?

Zusatzfrage Thomas Eugster (FDP): Was sind die nächsten konkreten Schritte aus der gemeinsamen Gesundheitsplanung, die ja in der Abstimmung angenommen wurde, und was sind die Auswirkungen dieser Schritte auf die Gesundheitsversorgung in BL?

**Christine Frey** (FDP) findet Flexibilität im Gesundheitsumfeld sehr wichtig. Stimmende, die ein Nein eingelegt haben, hätten befürchtet, dass das Schiff noch unbeweglicher werden würde mit der Fusion. Daher ihre Zusatzfrage: Hat man sich Gedanken darüber gemacht, die bereits erfolgte, erfolglose Fusion zum KSBL wieder rückgängig zu machen, damit sich jeder Standort unabhängig von seinem «Seitenwagen» die Zukunftsfrage stellen kann?

**Marc Schinzel** (FDP) stellt folgende für seine Fraktion relevante Zusatzfrage: Welche Kooperationen und Zusammenarbeitsmodelle werden nun – nach der Ablehnung der Fusion – konkret geprüft?

Für **Rolf Blatter** (FDP) ist klar, dass es jetzt in Richtung Sanierung des KSBL per se gehen muss. Zusatzfrage: Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die Kompetenz im VR zum Sanierungsauftrag gegeben ist?

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) stellt voran, er werde die Fragen möglichst in der korrekten Reihenfolge zu beantworten versuchen und bittet gleichzeitig, nun vom Abstimmungsmodus – auf den gewisse Fragen hindeuteten – langsam in den konstruktiven Modus zu wechseln.

Um dem FDP-Fraktionschef zuvorzukommen, entschuldigt sich Regierungsrat Thomas Weber, sollte er irgendetwas Ehrverletzendes geäussert haben. Jedes Landratsmitglied hat das Recht auf eine Zusatzfrage. Allerdings ist es kein Leichtes, wenn es sich um insgesamt acht solcher Fragen auf einmal handelt.

Zu der Frage Inäbnit betreffend Fallzahlen: Der Anteil an stationären Fällen hat vom Jahr 2017 auf das Jahr 2018 um 4 % abgenommen. Betreffend Frage 2, warum kein konkret ausgearbeiteter Plan unmittelbar nach der Abstimmung vorgelegt werden konnte, verweist der Gesundheitsdirektor auf die Zusatzfragen Frey und Schinzel: Genau diese unterschiedlichen strategischen Ansätze gilt es nun zu prüfen.

Zur Frage Buser: Ja, es werden Sofortmassnahmen eingeleitet. Es liegt auch in der Verantwortung der Verwaltungsratspräsidentin ad interim, von der zu hoffen ist, dass sie auch die definitive VR-

Präsidentin sein wird. Sie geniesst u.a. in Bezug auf ihre kommunikativen Fähigkeiten das Vertrauen der Führung der externen Ärzteschaft aber auch der internen Chefärzte. In einem ersten Schritt gilt es, sehr schnell mit den Zuweisenden – auch in Zusammenarbeit mit der Ärztegesellschaft – das Vertrauen wieder aufzubauen und zu erwirken, dass das KSBL wieder erste Zuweisungsadresse wird.

Zur Frage Richterich betreffend operative Führung: Es wäre ein strategischer Fehler, gleichzeitig das Verwaltungsratspräsidium und die Geschäftsleitung abzulösen. Aber selbstverständlich werden alle Optionen geprüft, die zur Stärkung beitragen. Zur Information: Jürg Aebis Ehefrau ist schwer erkrankt. Selbstverständlich braucht er in dieser Situation Unterstützung, die er in der Geschäftsleitung erhalten wird. Es ist aber nicht so, dass Jürg Aebis ganze Tätigkeit nur auf die Fusion ausgerichtet gewesen wäre. Im Gegenteil hat Jürg Aebi, zusätzlich zum Fusionsthema, das Tagesgeschäft intensiv begleitet.

Zur Frage nach der weiteren Versorgung /Planung von Thomas Eugster: In den Amtsblättern von Basel-Stadt und Basel-Landschaft ist nun die Berufung der Fachkommission, der sieben Personen, die gemäss Staatsvertrag vorgesehen sind, um sich mit der Kriterienliste usw. zu beschäftigen ausgeschrieben. Es wird u.a. darum gehen, die Leistungsaufträge nach den gemeinsam ausgehandelten Kriterien auszuschreiben, respektive die Angebote gemäss KVG zu bewerten, so dass per 01.01. 2021 die neuen, gleichlautenden Spitalisten vorliegen, wie im Staatsvertrag vorgesehen. Dort gibt es keine Verzögerung. Es geht um alle Spitäler, die privaten und die öffentlichen. Die Gleichbehandlung der Kriterien nach dem Motto der gleich langen Spiesse wird sehr entscheidend sein.

Die Frage von Christine Frey betreffend Rückgängigmachen der KSBL–Fusion: Natürlich müssen alle Optionen geprüft werden. Insbesondere auch die Frage, wie sieht welche Standortstrategie aus? – Und rückblickend muss tatsächlich gesagt werden, dass der Landrat in ganz anderer Zusammensetzung und mit einer ganz anderen Regierungsbank einen sehr grossen Fehler gemacht hat. Seinerzeit hätte man nicht gleichzeitig eine Fusion, eine Auslagerung und eine neue rückwirkende Finanzierung einführen dürfen. Dieses Lehrgeld musste man teuer bezahlen.

Frage Marc Schinzel betreffend Zusammenarbeit: Natürlich werden die Zusammenarbeiten regional mit öffentlichen Spitälern intensiv angeschaut – ganzer Gesundheitsraum nördlich des Jura inklusive Fricktal und Schwarzbubenland – aber auch solche mit den privaten Spitälern. Unlängst konnte man der Presse entnehmen, dass der CEO der Schulthess Klinik in Zürich vorgeschlagen hat, ein regionales ambulantes Orthopädiezentrum für den ganzen Kanton Zürich – das ist ein Einzugsgebiet mit 1,5 Millionen Menschen – aufzubauen. Und genau solche Überlegungen müssen nun einfließen.

An Rolf Blatter, Skills im VR: Selbstverständlich geht es nun darum, mit der Präsidentin a.i. zu schauen, wo es in Bezug auf Fachkompetenzen Lücken gibt. Ganz klar ist festzuhalten, dass mit dem Ausscheiden von Werner Widmer, der operativ Spitäler geleitet hat, beispielsweise dieser Skill im VR fehlt. Es wird auch um andere Fragen gehen. Dies wird zu beurteilen sein. In der Medienmitteilung vom 26.02.2019 war zudem zu lesen, dass die Regierung bis im April spätestens darüber entschieden haben sollte. Es sind 7–9 Leute im VR vorgesehen und das Gremium sollte so zusammengesetzt sein, dass es fachlich, aber auch als Team funktioniert. Es muss Vertrauen aufgebaut werden, das schliesst sowohl die strategische wie auch die operative Führung und die Chefärzteschaft ein, muss sich aber auch weiter nach unten fortsetzen zu den Leitenden und Assistenzärzten bis hin zu den Pflegenden. Dabei werden kommunikative Fähigkeiten sehr hoch gewichtet sein.

://: Alle Fragen sind beantwortet.